



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Der europäische Grüne Deal**

COM(2019) 640 final

BR-Drs.: 655/19

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 19. Sitzung am 28. Januar 2020 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Mitteilung der Europäischen Kommission landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

In der Mitteilung stellt die EU-Kommission ihre Pläne für eine umweltpolitische Agenda, den „Green Deal“, vor. Mit dieser Agenda sollen eine Halbierung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden. Die Mitteilung gliedert sich in folgende drei Bereiche, für die eine Vielzahl von Einzelvorhaben angekündigt wird:

1. „Umgestaltung der europäischen Wirtschaft für eine nachhaltige Zukunft“
Dazu gehören u. a. Regelungen für das Emissionshandelssystem, die Entwicklung einer Industriestrategie sowie einer Strategie für KMU, ferner auch Maßnahmen im Bereich Mobilität und Verkehr zur Senkung der Emissionen und im Bereich Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, wie z. B. die Überarbeitung der nationalen GAP-Pläne im Hinblick auf die Klimaschutzstrategie der EU.
2. „Die europäische Union als globaler Vorreiter“
Die EU soll weltweit eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz wahrnehmen. Dazu sollen u. a. europäische Standards für Wertschöpfungsketten und eine umfassende Strategie für Afrika entwickelt werden.

3. „Der richtige Zeitpunkt, um gemeinsam zu handeln: ein europäischer Klimapakt“
Alle Interessenträger sollen einbezogen werden, u. a. sollen auch Bürgerdialoge durchgeführt werden.

Zur Umsetzung des „Green Deal“ sollen über den sog. „Sustainable Europe Investment Plan“ (SEIP) für die nächsten 10 Jahre mindestens eine Billion Euro an nachhaltigen Investitionen ermöglicht werden.